

Antragsbereich P / Antrag P2**AntragstellerInnen:** Bezirk Niederbayern**Empfehlung der Antragskommission:** Erledigt**Empfänger:** Bundesvorstand

Landesparteitag Landesvorstand Bundesvorstand

**P2: Leitantrag der Jusos Niederbayern – Das Jahr 2021: Der Beginn der sozialdemokratischen 20er Jahre****Einführung**

Noch bis Sommer dieses Jahres steckte die Sozialdemokratische Partei über viele Jahre in einer veritablen Vertrauenskrise. Einst Kämpferin und  
5 Beschützerin der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, ist die SPD für ihr eigentliches Klientel heute nicht mehr greifbar. Diejenigen, für die sie kämpfte und deren Aufstieg sie ermöglichte, hat sie zurückgelassen und aus dem Blick verloren. Selbst das überraschend gute Abschneiden bei der Bundestagswahl 2021 kann darüber nicht hinwegtäuschen. Dies wird  
10 an drei Punkten sichtbar: Während dieses Bundestagswahlkampfes sind kaum Neumitglieder eingetreten. Wir sind bei den Erstwähler:innen nach der FDP und den Grünen nur die drittstärkste Kraft. Zudem fällt es schwer, Parteimitglieder für eine aktive Beteiligung in der Partei zu mobilisieren. Im öffentlichen Bild erscheinen wir, nach Jahren der Großen Koalition,  
15 häufig wie eine CDU-light mit rotem Deckmäntelchen. Gerade jungen Menschen, die die SPD nur als Juniorpartnerin der Union kennengelernt haben, fällt es schwer, die SPD als progressive Partei wahrzunehmen. Die Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind jedoch zahlreich. Die Europäische Union steht an einem Scheideweg. Der Austritt Großbritanniens,  
20 die fortgesetzten Wertverstöße der polnischen und ungarischen Regierung und der fortschreitende Rechtspopulismus in vielen Mitgliedstaaten stellen ganz Europa vor eine existenzielle Belastungsprobe. Europa hat sein menschliches Antlitz verloren: Die rigorose Durchsetzung der Sparpolitik in ganz Europa auf Kosten der Ärmsten, die wachsende soziale Kluft zwischen  
25 Arm und Reich, ein stetig wachsendes Machtgefälle zwischen Wirtschaft und Politik gefährden die demokratischen und sozialen Errungenschaften der Nachkriegszeit. Jetzt gilt es für uns mit den Fehlern der Vergangenheit aufzuräumen und die Partei wieder zu der Kämpferin zu machen, die sie einst war und wie wir sie stets wollten. Wir brauchen die Sozialdemokratie  
30 wieder als soziale Kraft, die im Sinne Willy Brandts solidarisch die Hand ausstreckt und über die Nation hinausdenkt: "Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn werden im Innern und nach außen". Nicht nur Deutschland braucht diese soziale Kraft, sondern ganz Europa. Um dies zu erreichen,

muss sich die SPD grundlegend verändern. Gerade in einer Koalition mit der  
35 FDP ist eine fortschreitende Neoliberalisierung der SPD zu befürchten. Diese  
muss zum Wohle der Bevölkerung und der Partei dringend ausbleiben. Wir  
müssen mutig die sozialen Fragen unserer Zeit angehen und lösen. Nur wir,  
als Parteibasis kann der SPD wieder ihren Pfad weisen. Dieser Antrag soll  
der erste Schritt in diese Richtung sein.

40

### **Analyse**

Dieser Programmentwurf, welchen sich die SPD Niederbayern hiermit gibt,  
rührt aus der Unzufriedenheit, mit der die Politik der letzten Jahrzehn-  
45 te verfolgt wurde. Forderungen können jedoch nicht isoliert aufgestellt  
werden, sondern müssen sich aus konkreten Missständen und Fehlent-  
wicklungen ableiten. Sie sollen nachfolgend kurz skizziert werden. Wir  
werden die Probleme beim Namen nennen. Nur durch bedingungslose  
Ehrlichkeit kann schließlich das verlorene Vertrauen in die Politik langsam  
50 wiederhergestellt werden. Das System, in welchem wir uns befinden, kann  
ohne große Anstrengungen als Kapitalismus identifiziert werden, welcher  
durch den Klassenkampf der Arbeitnehmer:innen gegen die herrschende  
Bourgeoisie gekennzeichnet ist. Dass zwischen diesen beiden Klassen ein  
Machtgefälle besteht, kann nicht von der Hand gewiesen werden und ist  
55 auch der Sozialdemokratie bewusst. Schließlich veräußert das Proletariat  
seine Arbeitskraft zu einem Preis, welcher unterhalb des Wertes derselben  
liegt, an die Besitzenden, sodass diese Gewinne realisieren. Damit ergibt  
sich eine durch den Besitz von Kapital festgelegte Hierarchie. Für jene, die  
von dieser Hierarchie benachteiligt, von den Marktkräften unterdrückt und  
60 von den Mächtigen ausgebeutet werden, hat sich vor mehr als 150 Jahren  
die Sozialdemokratie gegründet. Um auch die letzten Skeptiker:innen davon  
zu überzeugen, dass das skizzierte Machtgefälle kein Phänomen des 19.  
und 20. Jahrhunderts war, sondern nach wie vor vorliegt, sei als Beispiel die  
Einführung des Mindestlohns erwähnt. Vor dessen Einführung bestanden  
65 in nicht unerheblichem Maße Löhne, welche unterhalb der 8,50 €-Schwelle  
lagen. Hätte zu diesem Zeitpunkt ein Machtgleichgewicht zwischen Ar-  
beitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen bestanden, so wären die damals  
vorliegenden Löhne das Resultat optimaler Verhandlungen gewesen. Das  
bedeutet im Umkehrschluss, dass die Entlohnung exakt dem Wert der  
70 jeweiligen Arbeitskraft hätte entsprechen müssen. Vor der Einführung  
äußerten sämtliche Ökonom:innen, die der Religion des "vollkommenen  
Marktes" anhängen, alle Personen, deren Entlohnung unterhalb des geplan-  
ten Mindestlohns liege, würden ausnahmslos ihren Arbeitsplatz verlieren.  
Die Rentabilität würde nicht länger gewährleistet werden können. Jetzt,  
75 nach der Einführung, ist dieses Schreckensszenario aber nicht eingetreten.  
Stattdessen ist die Arbeitslosigkeit weiterhin rückläufig. Demnach existiert

offensichtlich ein Verteilungsspielraum hinsichtlich der Lohnhöhe, welcher nur beim Vorliegen von Machtungleichgewichten existieren kann. Man kann diesen Zustand ignorieren, wie es die Sozialdemokratie seit Jahren tut.

80 Doch genau aus diesen Marktungleichgewichten rührt eine Schieflage der Einkommens- und Vermögensverteilung, welche zu einer Konzentration des Kapitals in den Händen einiger weniger führt. Das zieht wiederum nach sich, dass die unteren 50 Prozent der Einkommensverteilung unserer Gesellschaft im Durchschnitt keinerlei Vermögen besitzen. Dieser Umstand sei nochmals

85 verdeutlicht: Die Hälfte der in unserer Gesellschaft lebenden Menschen hat in der Summe keinerlei Ersparnisse auf dem Konto, darf sich aber täglich von Banker:innen, Versicherungen und Medien anhören, wie wichtig die private Altersvorsorge doch sei. Noch viel schlimmer an diesem System ist jedoch, dass der sozioökonomische Status des Elternhauses die Perspektiven der

90 künftigen Generation zementiert. Sowohl das Bildungs- und Ausbildungsniveau als auch die Klassenzugehörigkeit wird fast ausschließlich durch die wirtschaftliche, und damit auch gesellschaftliche, Situation des Elternhauses bestimmt. Dadurch reproduziert das System sich selbst, sodass die Reichen eben reich bleiben, und die Armen – im Verhältnis zu den Reichen

95 – arm. Zuletzt sei noch gesagt, dass durch höhere Bildung und Qualifikation natürlich Aufstiegschancen bestehen – aber eben nur innerhalb der eigenen Klasse. Demnach steigt durch höhere Bildung zwar die Freiheit, auszuwählen, von wem man sich ausbeuten lässt, der Zustand der Ausbeutung wird damit aber nicht aufgelöst. Dieses System ungleicher Machtverhältnisse

100 zieht sich wie ein roter Faden durch die politische Landschaft. Für die Makroökonomie innerhalb Europas können wir so beobachten, dass sich die Unterschiede hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit aufgrund divergenter und teilweise fehlender Lohnentwicklungen katastrophal verschärft haben. Man muss kein:e Expert:in in Sachen Wirtschaft sein, um zu erkennen,

105 dass die deutsche Lohnmoderation des letzten Jahrzehnts dazu geführt hat, dass die Marktanteile der deutschen Unternehmen sich auf Kosten der Europäischen Gemeinschaft vergrößert haben. Infolge der stagnierenden Löhne hat sich keine neue Nachfrage innerhalb Deutschlands aufgetan. Man hat schlichtweg ausländische Konkurrenz in deren Heimatland vom Markt

110 verdrängt. Nicht durch besonders hochwertige Produkte, sondern schlichtweg, weil die Lohnstückkosten vergleichsweise gering waren und so der Preis stärker gedrückt werden konnte. Erschwerend kommt hinzu, dass zwar seit der Kanzlerschaft Schröders die Arbeitslosenquote zurückging, dies jedoch keine Steigerung der Produktivität mit sich brachte. Eine Reduzierung

115 der Arbeitszeiten brachte nicht mehr Wirtschaftsleistung, dafür aber eine Verbreiterung der Aufgaben. Plakativ gesagt wird der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands in diesem Ausmaß erst durch die Agenda 2010 ermöglicht, auf Kosten der Reallohnentwicklungen der Arbeitnehmer:innen, deren Kaufkraft und des Auslands. Einziger Gewinner ist die deutsche Bourgeoisie.

120 Beständen hingegen gleiche Machtverhältnisse für Arbeitgeber:innen und  
Arbeitnehmer:innen, so wäre ein Drücken der Löhne nicht mehr möglich, eine  
gerechte Entlohnung gewährleistet und außenwirtschaftliche Stabilität  
hergestellt. Auch hier liefert die Sozialdemokratie, obwohl sie in geraumer  
Vergangenheit noch keynesianisch argumentierte, keine Alternativen. Es  
125 mag den Haushalts-, Finanz- und Wirtschaftspolitiker:innen der SPD durch-  
aus bekannt gewesen sein, dass ohne Koordinierung der Lohnentwicklung  
keine Währungsunion zu machen gewesen wäre, jedoch behielten sie diese  
Erkenntnis für sich. So bürdeten sie den südeuropäischen Volkswirtschaften  
unvernünftige Sparauflagen mit auf und stellten „die schwarze Null“ als  
130 alternativlos dar. Wovon die Wirtschaft angetrieben werden sollte, wenn  
öffentliche Haushalte infolge von Sparauflagen und schwarzen Nullen we-  
niger konsumieren, Arbeitnehmer:innen infolge stagnierender Löhne ihren  
Konsum nicht steigern und Unternehmen schlicht aufgrund geringer Nach-  
frage keinen Anreiz haben, zu investieren, darauf gab der Parteivorstand  
135 jedoch keine Antwort. Bedingt durch die Corona-Pandemie wurden zur  
Finanzierung der Auswirkungen selbiger die strikten Haushaltsrichtlinien  
gelockert. Was aus unserer Perspektive eine begrüßenswerte Entwicklung  
darstellt. Durch eine nachfrageorientierte Finanzpolitik des SPD-geführten  
Finanzministeriums wurden Investitionen im Bereich der öffentlichen  
140 Daseinsvorsorge, vereinzelt der Kultur, des Einzelhandels, der Gastronomie,  
aber auch besonders in zukunftsorientierte Schlüsseltechnologien für einen  
klimaneutralen Umbau unserer Wirtschaft ermöglicht. Das betrachten wir  
als positive Entwicklung, die Realität durch die Pandemie hat jedoch die  
Politik zum Handeln gezwungen und ist unseres Erachtens nicht der eigenen  
145 Überzeugung entsprungen. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt werden verein-  
zelt Stimmen innerhalb der SPD laut, nach Ende der pandemischen Notlage  
wieder zu einem strikten neoliberalen Sparkurs der Vor-Corona-Phase  
zurückzukehren. Ähnlich ohnmächtig verhält sich die Sozialdemokratie  
bei der Innenpolitik. Anstatt über eine sinnvolle, ausgewogene und ver-  
150 hältnismäßige Kriminalitätsbekämpfung sowie eine Reformierung des  
Strafrechts nachzudenken, zieht es die SPD vor, alle Bürger:innen durch die  
Einführung der Vorratsdatenspeicherung unter Generalverdacht zu stellen  
und ihre personenbezogenen Daten, ganz egal welche, zu speichern. Unsere  
Partei hat nicht verstanden, dass die Menschen mehr Angst davor haben,  
155 über keinerlei Privatsphäre mehr zu verfügen als vor einem potenziellen  
Terroranschlag, der zufällig in Social-Media-Kanälen verabredet und daher  
von der VDS erfasst wurde. Diese Angst scheint absolut begründet. Führt  
man sich vor Augen, dass der Bundestag es nicht einmal auf die Reihe  
bekommt, seine eigenen Server vor Hackingangriffen zu schützen, so muss  
160 man am Schutz der durch die VDS gewonnenen Daten zweifeln. Auch bei  
der Drogenpolitik ist die SPD erst viel zu spät, und nur durch das unnachgie-  
bige Drängen der Jusos, für eine Freigabe von Cannabis eingetreten. Zuvor

war die Angst zu groß, damit Wähler:innen aus der bürgerlichen Mitte zu vergraulen. Und auch bei anderen relevanten innenpolitischen Themen, wie  
165 der Unterbringung von Geflüchteten, einer umfassenden Strafrechtsreform  
oder der längst überfälligen Abschaffung des Verfassungsschutzes traut  
sich die SPD nicht aus der Linie der konservativen Parteien heraus. Unter  
Willy Brandt wurde die Sozialdemokratie gewählt, weil sie eine Partei der  
Mutigen war, weil sie alternative Lösungen anbieten konnte und diese  
170 auch kämpferisch vertrat. Davon ist heute, und das müssen wir uns ehrli-  
cherweise eingestehen, wenig übrig geblieben. Genauso hat die SPD in der  
Friedenspolitik versagt. Nie waren die Waffenexporte Deutschlands so hoch  
wie jetzt. Gleichzeitig traut sich die einstige Anti-Kriegs-Partei SPD nicht,  
den Zusammenhang zwischen der großen Zahl der Geflüchteten und den  
175 steigenden Waffenexporten zu benennen. Zudem war das Verhältnis zu  
Russland seit dem Fall des Eisernen Vorhangs nie derart zerrüttet wie heute.  
Willy Brandt hat 1969 bereits erkannt, dass Isolationsmaßnahmen und  
Sanktionen eben nicht dafür geeignet sind, außenpolitische Spannungen zu  
lösen, und hat deshalb die Hallstein-Doktrin aufgegeben. Heute erleben wir  
180 eine SPD, die in keiner Weise etwas gegen eine Neuauflage dieser Sanktions-  
und Isolationsmechanismen sagt. Die SPD sieht zu, wie die Friedenspolitik  
Brandts zertreten wird. Schlussendlich, um einen Punkt zu erwähnen, bei  
dem sich die SPD nicht von ihren einstigen Idealen entfremdet hat, sei die  
Gleichstellungspolitik genannt. Es kann nicht bestritten werden, dass die  
185 SPD nach wie vor für die Gleichheit aller eintritt. Dies muss auch unter  
allen Umständen beibehalten werden. Dennoch ist offensichtlich, dass die  
Intensität, mit der die Partei versucht, gleichstellungspolitische Positionen  
umzusetzen, denkbar gering ist. Weder mit einer progressiven Neuerung des  
Selbstbestimmungsgesetzes noch mit der Abschaffung der §218 und §219  
190 StGB, oder mit einer endgültigen Schließung des Gender-Pay-Gap traut sich  
die SPD aus der Deckung. Stattdessen begnügt sie sich mit 30 Prozent Frau-  
en in den DAX-30-Führungsrängen und den Unternehmensvorständen mit  
mindestens 2.000 Beschäftigten. Angesichts solch halbherziger Versuche  
braucht die Sozialdemokratie eine Rückbesinnung auf die Entschlossenheit  
195 der einst so stolzen Frauenbewegung, um nach diesem Vorbild mit starker  
Stimme für eine Gleichheit aller Menschen einzutreten, auch außerhalb  
von Börsenunternehmen. Es war ein Erfolg der neuen Parteispitze unter  
Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken, einen personellen Neuanfang der  
Sozialdemokratie einzuleiten. Sichtbar wird dies zum Beispiel an der neuen  
200 SPD-Bundestagsfraktion, die in ihrer Geschichte noch nie so divers und jung  
war. Die SPD muss sich weiterhin bewusst sein, dass sie ihre Mitglieder  
und Funktionär:innen aus der Mitte der Gesellschaft rekrutiert und sich  
entsprechend respektvoll verhalten. Gleichzeitig darf sie niemals wieder  
auf irrationale Ängste real reagieren, wie es infolge der Ausschreitungen in  
205 Rostock-Lichtenhagen oder beim Besuch von PEGIDA durch unseren ehema-

ligen Vorsitzenden Sigmar Gabriel der Fall gewesen ist. Mit unserer neuen Parteispitze hat sich dies glücklicherweise nun grundlegend geändert. Stattdessen müssen aber Hirngespinnste, Verschwörungstheorien und andere Dummheiten klar als solche identifiziert werden, ebenso wie die Identifikation des braunen Haufens als "Pack" durch Gabriel und auch die Benennung der Querdenker:innen und Impfgegner:innen als "Covid-Idioten" durch Saskia Esken richtig und wichtig war. Engagiert muss die Sozialdemokratie, sowohl außerhalb als auch innerhalb, gegen Rassist:innen vorgehen. Rassist:innen gehören nicht in die SPD! Zudem ist es notwendig, dass sich die SPD endlich von ihrem Pragmatismus verabschiedet. Es kann nicht sein, dass alternative linke Lösungsansätze zwar als richtig erkannt, jedoch nicht umgesetzt werden, weil man glaubt, diese seien den Wähler:innen nicht vermittelbar. Es ist ein Trugschluss, anzunehmen, dass die Wähler:innen dümmer seien als die eigenen Mitglieder der SPD. Genauso verstößt es gegen jegliche Vernunft, wenn eine offenkundig falsche Politik, wie die sogenannte Griechenlandrettung oder der Einsatz von bewaffneten Drohnen, unterstützt wird, weil man glaubt, damit Stimmen bei Wahlen zu gewinnen. Wir dürfen keine Zeit damit verschwenden, falsche Ansätze aufgrund von Popularität zu verfolgen, sondern müssen richtige Ansätze, seien sie auch noch so verpönt, diskutieren und den Wähler:innen näherbringen. Nur indem sich die Sozialdemokratie als intelligenten Gegenentwurf zur selbst-erklärten Alternativlosigkeit der Unionspolitik präsentiert, kann die SPD ihrem politischen Regierungsanspruch gerecht werden und die Maßnahmen umsetzen, welche Deutschland und Europa wirklich brauchen. Aktuell ergibt sich die Chance ein sozialdemokratisches Jahrzehnt zu gestalten und eben diese Ansprüche umzusetzen. Seien wir doch endlich vernünftig, artikulieren wir unsere Vorstellungen von einer gerechteren Gesellschaft und fangen wir an, wieder linke Politik zu machen, statt weiterhin Gefahr zu laufen, Unionspositionen rot anmalen zu wollen. Verabschieden wir uns von verstaubten Vorständen, welche es in den vergangenen Jahren nicht geschafft haben, alternative Konzepte zu präsentieren und die Menschen zu begeistern. Verabschieden wir uns von Inhaltsleere und Postengeschacher und beginnen wir gemeinsam für die Idee des demokratischen Sozialismus zu streiten. Erkennen wir, dass die sozialdemokratische Politik des vergangenen Jahrzehnts ihrem Namen nicht gerecht wurde, und haben wir endlich den Mut, uns als Gegenpol zum Politikvakuum der Union zu erheben. Nur durch eine starke und unbequeme Sozialdemokratie kann der Hierarchie zwischen besitzender und arbeitender Klasse eine politische Kraft entgegengesetzt werden. Treten wir wieder ein für die zentralen Werte der Sozialdemokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität!

### **Freiheit**

Es war von jeher ein zentrales Anliegen der deutschen Sozialdemokratie, den Menschen ein freies Leben innerhalb einer freiheitlichen Gesellschaft zu ermöglichen. Wenn man auf die über 150-jährige Geschichte dieser Partei zurückblickt, kann nicht geleugnet werden, dass diese Zielsetzung zumindest in Teilen erreicht wurde. Mithilfe der Sozialdemokratie wurden aus Millionen entrechteter, ausgebeuteter und entmündigter Land- und Fabrikarbeiter:innen gleichberechtigte Bürger:innen. Von der Einführung des Frauenwahlrechts bis zum Lebenspartnerschaftsgesetz bedeutete sozialdemokratische Politik für die große Mehrheit der Bevölkerung stets einen Freiheitsgewinn. Allerdings wäre es kleinmütig und rückwärtsgewandt, sich auf diesen Erfolgen auszuruhen. Vielmehr stellt sich heute die Frage, wie aus der SPD wieder eine Partei der Freiheit und der Emanzipation werden kann und vor allem welche konkreten politischen Ziele sie formulieren muss, um ihrer historischen Rolle als Kämpferin für Freiheit und Selbstbestimmung wieder gerecht zu werden. Sozialdemokrat:innen dürfen den Freiheitsbegriff nicht den Neoliberalen überlassen, für die Freiheit immer nur die Freiheit der Besitzenden, der Arbeitgeber:innen bedeutet. Freiheitliche Politik hat für uns viele Facetten. Zunächst ist Freiheit natürlich die Freiheit zur freien Entscheidung und Persönlichkeitsentwicklung. Wir bekennen uns hier als Sozialdemokrat:innen und zu den Freiheits- und Bürger:innenrechten als Basis dieser Freiheit. Die Politik der SPD muss den stetigen Ausbau dieser Rechte wieder ganz oben auf die politische Agenda setzen. Wir sehen hier auf unterschiedlichen politischen Feldern einen erheblichen Handlungsbedarf. Zum einen ist eine Reform des Strafrechts längst überfällig. Sie wurde zwar vom sozialdemokratischen Justizminister im Rahmen der Großen Koalition ab 2013 versprochen, aber nie umgesetzt. Wir fordern ein Strafrecht, das sich nicht auf einem barbarischen Rachedenken gründet, sondern vielmehr auf dem Gedanken straffällig gewordene Menschen wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Wir erachten es weder als sinnvoll noch zeitgemäß, Menschen, die keine Gefahr für andere darstellen, einfach wegzusperren. Rehabilitation muss immer Vorrang vor Bestrafung haben. Deutschland ist ein multikulturelles und multiethnisches Land, in dem Menschen aller Weltanschauungen, sofern sie mit den Grundsätzen des Grundgesetzes in Einklang stehen, beheimatet und fester Bestandteil dieser aufgeklärten und offenen Gesellschaft sind. Zu einer freien Gesellschaft gehört selbstverständlich auch die freie Religionsausübung. Dazu gehört aber auch, dass keine Religion über anderen steht und Menschen ihr Wertesystem aufzwingt. Konsequenz dieser Erkenntnis muss sein, die Debatte über die Trennung von Staat und Kirche wieder neu zu führen. Ein gesondertes Kirchenarbeitsrecht, welches eigentlich in einem modernen Rechtsstaat keinen Platz hat, muss unserer Ansicht nach beseitigt werden. Die sofortige Auflösung des Reichskirchenkonkordats von 1933 und Beendigung aller Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und jeder Kirche

sowie kirchlich organisierten Gemeinschaften soll die Grundlagen hierfür schaffen. Die Diskriminierung von queeren Menschen, wiederverheirateten Paaren und anderen Gruppen muss in diesem Bereich endlich ihr Ende finden. Zur freien Entfaltung der Persönlichkeit gehört aber auch die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wenn es kein kulturelles und gesellschaftliches Leben für alle gibt, sei es aus Armut oder anderen Gründen, ist für uns ein freies Leben nicht vorstellbar. Einen wesentlichen Aspekt stellt hier auch die Frage des bezahlbaren Wohnraums und der Mobilität, vor allem in unserem ländlich geprägten Niederbayern, dar. Um selbstbestimmt und frei leben zu können, muss allen Menschen der Bundesrepublik von München bis Berlin Wohnraum zu sozialverträglichen Konditionen zur Verfügung stehen. Um dies zu erreichen, muss es ein Primat des öffentlichen, genossenschaftlichen Wohnens vor der Gier privater Immobilienspekulanten geben. Die Wahlkampfforderung Olaf Scholz', zum jährlichen Bau von 400.000 neuen Wohnungen, darunter 100.000 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau, muss durch Regierungshandeln umgesetzt werden. Um sich nachhaltig frei und selbstbestimmt fühlen zu können, bedarf es aber auch einer Absicherung der menschlichen Grundbedürfnisse, also der grundlegenden Versorgung der Bevölkerung mit wesentlichen Gütern und Dienstleistungen. Dies muss unserer Auffassung nach staatliche Aufgabe bleiben und darf nicht dem neoliberalen Privatisierungswahn zum Opfer fallen. Überhaupt wollen wir die Frage nach öffentlichem Eigentum wieder neu stellen. Wesentliche Bereiche, wie Post, Energie und Bankenwesen müssen wieder unter öffentliche Kontrolle gebracht werden. Ein weiterer Bereich, in dem eine Orientierung am Wert der Freiheit innerhalb der Sozialdemokratie stattfinden muss, ist die Digitalisierung der Gesellschaft. Dies beginnt für uns mit der Möglichkeit aller sich des Internets zu bedienen. In Deutschland sind die Verbindungen vor allem im ländlichen Raum immer noch katastrophal. Auch hier muss die Infrastruktur wieder in öffentliche Hand. Parallel dazu fordern wir gerade in Bezug auf Netzneutralität eine freiheitliche Gestaltung der neuen technischen Möglichkeiten. Das Internet darf keinesfalls ein vom Staat bis ins Letzte kontrollierter und reglementierter Raum werden. Darüber hinaus sehen wir die jüngsten Entwicklungen, die Vorratsdatenspeicherung wieder zu implementieren als eine fatale Entwicklung an. Gläserne Bürger:innen sind kein von uns angestrebtes Ideal. Es darf gerade im Bereich der Daten keinen Tausch von Freiheiten zugunsten vermeintlicher Sicherheiten geben. Unser Freiheitsbegriff umfasst aber nicht nur Persönlichkeitsentwicklung und freie Entscheidung. Vielmehr ist die sozialdemokratische Bewegung stark von der Erkenntnis geprägt worden, dass Freiheit nur gelebt werden kann, wenn ein gewisses Maß an materieller Absicherung vorhanden ist. Solange aufgrund eines ungerechten Systems – schlechter Löhne, unsicherer Beschäftigungssituationen und zu geringen Rentenansprüchen – die Angst vor sozialem Abstieg existiert,

335 bleibt Freiheit ein Privileg derer, die sie sich leisten können.

### **Gerechtigkeit**

Um Freiheit zu verwirklichen, braucht es Gerechtigkeit. Freiheit und Gerech-  
340 tigkeit bedingen sich gegenseitig. Doch von einer gerechten Gesellschaft  
sind wir heute weit entfernt. Der Einfluss unseres ungerechten Systems auf  
die Menschen beginnt schon in frühester Kindheit. Wem in dieser Gesell-  
schaft einmal ein Platz zugewiesen wurde, hat nie wieder die Chance diese  
345 Kategorisierung abzulegen. Dieses System entzweit unsere Gesellschaft  
und sorgt dafür, dass kaum ein Mensch mehr zufrieden ist mit sich und  
seinem Leben. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen dauerhaften  
sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft sind die Bildungschancen,  
die wir nachfolgenden Generationen ermöglichen. Ob Menschen einen er-  
350 folgreichen beruflichen Karriereweg einschlagen können, oder im weiteren  
Verlauf mehr oder weniger stark von sozialem Abstieg und damit einher-  
gehend von gesellschaftlicher Ausgrenzung bedroht sind, hängt wesentlich  
von den Zugangshürden und der Ausgestaltung unseres Bildungssystems  
ab. Lernen für den Menschen, nicht für die Wirtschaft. Heutzutage sind viele  
355 Lernprozesse darauf ausgerichtet, möglichst viel in möglichst kurzer Zeit  
zu lernen. Jedoch funktioniert dies nicht so, wie sich das die Unternehmen  
vorgestellt haben. In einem Bericht äußerte sich bereits die IHK, dass die  
Abschlüsse häufig von den Unternehmen als nicht ausreichend gewertet  
werden. Ohne hier mit Statistiken um sich zu werfen, ist es klar, dass es an  
der Bildung in der Bundesrepublik mangelt. Dies geht sogar so weit, dass  
360 bereits in Versuchen nachweislich Veränderungen im Gehirn festgestellt  
werden konnten, aufgrund des „Massierten Lernens“, also des Lernens von  
extrem viel Inhalt auf extrem kurze Zeit. Man könnte auch hier noch viele  
Studien und Statistiken anführen, um zu untermauern, dass die Art wie  
an unseren Schulen gelernt wird keineswegs wissenschaftlich als wirksam  
365 bezeichnet werden kann. Es soll bewusstwerden, dass ohne professionelle  
Hilfe aus allen Fachbereichen es in Deutschland früher oder später zu einem  
Kollaps kommt. Denn das deutsche Bildungssystem ist lediglich eine in-  
haltlich aktualisierte Form von wissenschaftlich überholten Strukturen und  
Strategien aus dem deutschen Kaiserreich. In seiner aktuellen Gestalt kann  
370 unser Bildungssystem nicht mit den rasanten Entwicklungen unserer Zeit  
mithalten. Anstatt zu lernen mit dem technischen Fortschritt umzugehen  
und Strategien zu entwickeln, wie man ein Leben lang sich selbst neues  
beibringen kann, wird in deutschen Schulen weiterhin so unterrichtet, dass  
man im Falle eines absoluten Blackouts (kein Strom, kein Internet, etc.)  
375 noch auswendig weiß, wann Kaiser Karl der Große gekrönt wurde. Dies  
soll keine Parodie oder Kabarett sein, dies ist die Realität. Neidisch macht  
der Blick in andere Staaten wie die Niederlande oder das Paradebeispiel

Finnland. In Finnland werden bereits häufig Tablets statt Bücher ausgeteilt. In Deutschland kann von Glück gesprochen werden, wenn das Schulgebäude  
380 überhaupt noch in staatlichem Besitz ist und nicht in einem ÖPP-Projekt  
privatisiert wurde. Das neue Bildungssystem sollte die Stärken jedes In-  
dividuums fördern. Dieses utopisch anmutende Ziel sollte als Vorgabe  
vorangehen: Ein Hand in Hand aller Fachrichtungen und Institutionen für  
alle. Denn jede:r kann etwas zu unserer Gesellschaft beitragen, solange sie  
385 eben gefördert werden. Die zukünftige Herausforderung ist also, allen die  
nötigen Mittel und Förderung, vor allem geistiger Natur, zu geben. Bildung  
bedeutet Rendite, nicht nur finanziell, sondern auch kulturell und gesell-  
schaftlich, denn es werden auch Normen und Werte vermittelt. Jede:r sollte  
die bestmögliche Ausbildung bekommen, um einen bestmöglichen Staat zu  
390 entwickeln. Nicht die finanzielle Ausstattung der Eltern sollte entscheiden  
über Bildungschancen, sondern alle sollten die gleiche Chance auf Bildung  
bekommen. In Bayern ist man leider weit davon entfernt. Denn wenn bereits  
Mitglieder der regierenden Partei Nachhilfeinstitute betreiben, dann ist auf  
bayerisch „Hopfen und Malz“ verloren. Kein Problem mit sozialer Schieflage?  
395 Es gab seitens der SPD-Führung den Versuch, die Sozialdemokratie für die  
Wahlauseinandersetzung 2017 deutlich stärker in der Mitte zu positionieren.  
Unser ehemaliger Parteivorsitzender Sigmar Gabriel beschrieb Deutsch-  
lands aktuellen Zustand als „stark“, Deutschland sei „nicht mehr das Land  
der sozialen Schieflage.“ Zweifellos hat die SPD in der Großen Koalition von  
400 2013 bis 2017 viele notwendige Projekte, die mehr sozialen Ausgleich schaf-  
fen, durchsetzen können: Wir haben den flächendeckenden gesetzlichen  
Mindestlohn eingeführt, mit der Mütterrente die Kindererziehungsleistung  
für vor 1992 geborene Kinder gesetzlich deutlich bessergestellt, die Rente  
mit 63 durchgesetzt, welche für die aktuellen rentennahen Jahrgänge spür-  
405 bare Verbesserungen bringt und eine Mietpreisbremse eingeführt. Auch  
die Verbesserungen unter der Großen Koalition von 2017 bis 2021 haben  
einige Verbesserungen mit sich gebracht: Das Durchsetzen der Grundrente  
gegen die CSU, die Einführung des Pflegestärkungsgesetzes und Kurzar-  
beiter:innengeld während der Pandemie. Und doch bleibt für die SPD noch  
410 eine Menge zu tun: Leiharbeit und Werkverträge, sowie die zunehmende  
Tarifflucht vieler Arbeitgeber:innen aus Tarifverträgen höhlen die gewohnte  
Ordnung auf dem Arbeitsmarkt immer weiter aus. Sind wir eigentlich be-  
reit, zu akzeptieren, dass eine der größten und reichsten Volkswirtschaften  
dieser Welt sich durch eine immer stärkere Spreizung bei Einkommen und  
415 Vermögen auszeichnet, die Schere zwischen Arm und Reich also immer  
größer wird? Hat die Sozialdemokratie noch den Anspruch, korrigierend  
einzugreifen? Welches Maß an sozialstaatlicher Sicherung wollen wir uns  
künftig eigentlich noch leisten? Die Debatte darüber wird falsch geführt: Alle  
Parteien und Lobbyverbände reden darüber, was denn alles überhaupt noch  
420 bezahlbar ist und was nicht mehr finanziert werden kann. Wo aber ist der

Politikentwurf, der definiert, welche Leistungen erbracht werden müssten, damit der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft gewährleistet bleibt und niemand in Armut, Verwahrlosung und Isolation rutscht? Wo ist der Politikentwurf, der Möglichkeiten aufzeigt, diese Leistungen zu finanzieren?

425 Wer diese Fragen äußert, gerät schnell in den Verdacht, die „sozialistische Umverteilungsmechanik“ anzuwerfen zu wollen, deswegen scheut die SPD-Führung diese Auseinandersetzung mit den politischen Wettbewerbern und Wirtschaftsverbänden. Als Kevin Kühnert die Stärkung der Arbeitnehmer:innenschaft und die Stärkung des Betriebskapitals innerhalb der BMW

430 AG thematisierte, wurden ihm seitens der Medien, der Betriebsrät:innen und auch Teilen der sozialdemokratischen Parteienfamilie fälschlicherweise die wildesten Verstaatlichungsfantasien unterstellt. Die Wahrheit aber ist: Die o.g. „Verteilungsmechanik“ läuft seit Jahrzehnten still und heimlich, nur eben in die andere Richtung, die Reichen werden reicher, die Armut

435 nimmt zu. Wir Sozialdemokrat:innen sollten uns deswegen nicht scheuen, klar zu sagen, wie die Realität aussieht und wie wir die Dinge ändern wollen, wie dies u.a. Kevin Kühnert getan hat. Mögen andere uns als „Sozialromantiker:innen“ und „Utopist:innen“ betiteln (was sie meistens sowieso tun); wir sind es den Menschen schuldig, die in der Hoffnung auf Verbesserung

440 ihrer sozialen Situation ihr Vertrauen in die SPD gesetzt haben. Leiharbeit, Werkverträge und Tariffahrt eindämmen. Wir brauchen wieder Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Seitdem die Arbeitnehmer:innenüberlassung gesetzlich dereguliert wurde, ist die Zahl der Beschäftigten in der Leiharbeit sprunghaft gestiegen – von 340.000 Personen im Jahr 2000 (vor der Deregulierung)

445 bis auf etwa 1,08 Mio. im Jahr 2017. Die Politik hatte sich erhofft, wenn es für Unternehmen einfacher wird, Leiharbeiter:innen einzustellen (und wieder zu entlassen), dann würden mehr Menschen als bisher über dieses Modell den Weg in eine dauerhafte sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung finden. Diese „Klebeeffekte“ sind jedoch nachweislich

450 nicht eingetreten, stattdessen wurde schon bald offensichtlich, dass das Modell der Leiharbeit von vielen Unternehmen gezielt dazu missbraucht wurde, die (oft tarifgebundene) Stammbeschäftigung zu reduzieren und unter Druck zu setzen. Die Drohung lautete unverhohlen, wer zu hohe Ansprüche und Lohnforderungen stellt, kann morgen schon ohne Job sein, denn es

455 geht auch risikofreier und kostengünstiger. Einst dazu gedacht, den Unternehmen ein flexibles Instrument an die Hand zu geben, um Auftragsspitzen effizient und risikolos abzuwickeln, wurde Leiharbeit schnell zu einem beliebten Lohndumpingmodell. Nachdem mittlerweile für die gesamte Leiharbeitsbranche Tarifverträge mit DGB-Gewerkschaften gelten, weichen

460 viele Unternehmen zunehmend auf Werkverträge aus. Im Gegensatz zu früher ist das Neue an diesen Werkvertragskonstruktionen, dass Leistungen auf Dauer und nicht mehr nur gelegentlich eingekauft werden und dass es sich um Leistungen handelt, die eigentlich zum Kernbereich der unterneh-

menseigenen Produktion gehören. Die Fremdunternehmen erbringen diese  
465 Leistungen meistens direkt auf dem Betriebsgelände und an Arbeitsplätzen  
und Maschinen des beauftragenden Unternehmens. Oft kommt es dabei  
vor, dass Werkvertragsarbeitnehmer:innen direkt mit Stammbeschäftigten  
zusammenarbeiten und von diesen auch Anweisungen erhalten. Das ist  
aber eigentlich gar nicht zulässig, denn das Werk muss vertraglich exakt  
470 abgegrenzt werden und weisungsbefugt gegenüber den Arbeitnehmer:innen  
ist nur das ausführende Fremdunternehmen. Resultat: Was in Wahrheit  
oft eine illegale Arbeitnehmer:innenüberlassung ist, kommt getarnt als  
Werkvertrag daher. Die Folge ist, dass der Grundsatz „Equal Pay“ (gleicher  
Lohn für gleiche Arbeit) für Werkvertragsarbeitnehmer:innen nicht gilt, sie  
475 keinen Anspruch auf branchenübliche Tariflöhne haben, ihre Interessen  
nicht vom Betriebsrat des beauftragenden Unternehmens gewahrt werden  
können und sie bei Arbeits- und Gesundheitsschutz fast immer deutlich  
schlechter gestellt sind als die Stammebelegschaft. Es sind diese Missstände,  
die uns empören müssen. Wenn Unternehmen immer neue Schlupflöcher  
480 suchen, um Lohn- und Arbeitsschutzstandards zu unterlaufen, dann ist die  
Politik gefordert, neue Leitplanken einzuziehen. Für die Leiharbeit fordern  
wir daher eine strikte gesetzliche Reglementierung, insbesondere was  
die Höchstüberlassungsdauer betrifft, sowie die Wiedereinführung des  
Befristungsverbot, des Wiedereinstellungsverbot und des Synchronisa-  
485 tionsverbotes. Diese Verbote bestanden bis zur Deregulierung und stellten  
sicher, dass Zeitarbeitsfirmen ihre Beschäftigten nicht ohne sachlichen  
Grund zeitlich befristet und nur für die Dauer eines Verleihauftrages (Syn-  
chronisation) einstellen und danach wieder beliebig entlassen konnten. Für  
die erwähnte Praxis bei den Werkverträgen müssen ebenfalls gesetzliche  
490 Regelungen gefunden werden, die einerseits den Grundsatz des „Equal Pay“  
ohne Schlupflöcher sicherstellen und andererseits die Mitbestimmung nach  
dem Betriebsverfassungsgesetz auch auf Werkvertragsarbeitnehmer:innen  
ausweiten. Bei allem Stolz auf die Tarifautonomie zwischen den Tarifver-  
tragsparteien und bei aller Freude über die Einführung eines gesetzlichen  
495 Mindestlohns in Deutschland dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren, dass  
die Tarifbindung in Deutschland in den letzten 20 Jahren von gut 60 Prozent  
auf nur noch 43 Prozent in 2020 zurückgegangen ist. Dies trifft vor allem auf  
Dienstleistungsbereiche und den Handel zu, aber auch im produzierenden  
Gewerbe ist ein Rückgang der Tarifbindung festzustellen. Ob ein Flächen-  
500 oder Branchentarif zur Anwendung kommt, entscheiden im Prinzip die  
Arbeitgeber:innen alleine durch ihren Beitritt zu oder eben Austritt aus  
einem tarifgebundenen Arbeitgeber:innenverband. Die zunehmende Tarif-  
flucht deutscher Unternehmen trägt wesentlich dazu bei, dass die Löhne  
in Deutschland sich immer stärker auseinanderentwickeln, d.h. Tarifflucht  
505 trifft überwiegend Geringverdiener:innen. Die SPD muss deswegen mit  
den Tarifvertragsparteien, insbesondere aber mit den Gewerkschaften in

einen Dialog darüber eintreten, inwiefern hier gesetzliche Regelungen für erforderlich gehalten werden. Braucht es eine leichtere Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen oder können Kollektivverträge nach  
510 österreichischem Vorbild von Nutzen sein? Erwerbszuwanderung fördern  
Die Frage, wer zukünftig unseren Wohlstand erarbeiten soll, haben wir uns angesichts der demografischen Entwicklung schon öfter gestellt. Aber waren wir Sozialdemokrat:innen bisher mutig genug, dazu klare Antworten zu geben? Und sind wir uns eigentlich der Dimensionen richtig bewusst?  
515 Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg hat in einer Studie 2011 untersucht, wie sich das Erwerbspersonenpotenzial in Deutschland unter verschiedenen Szenarien entwickelt. Das erste Szenario ohne Zuwanderung und bei gleichbleibenden Erwerbsquoten führt allein aufgrund des demografischen Ist-Zustandes dazu, dass sich das Erwerbs-  
520 personenpotenzial von rund 45 Mio. (Basis: 2008) schon bis im Jahr 2025 auf 38 Mio. und bis zum Jahr 2050 auf 27 Mio. Erwerbspersonen verringert. In einem zweiten Szenario wurde ebenfalls ohne Zuwanderung, dafür aber mit steigender Erwerbsquote gerechnet. Hierzu wurde angenommen, dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen und von Älteren (z.B. aufgrund der „Rente mit 67“) steigt. Dabei ist zu beachten, dass dieses Steigerungspotenzial begrenzt ist. In dieser Berechnung sinkt das Erwerbspersonenpotenzial bis  
525 2025 auf 40 Mio. und bis 2050 auf 29 Mio. Personen. Das dritte Szenario wurde mit steigender Erwerbsbeteiligung und einem Zuwanderungssaldo von jährlich +100.000 Personen gerechnet. Saldo bedeutet, die Zuwanderung erfolgt in dem Maße, dass alle Abgänge aus dem Arbeitsmarkt (z.B. in  
530 Rente) ausgeglichen werden und darüber hinaus noch 100.000 zusätzliche neue Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. In diesem Szenario sinkt das Erwerbspersonenpotenzial bis 2025 auf 41 Mio. und würde bis 2050 auf 33 Mio. Personen zurückgehen. Die Studie bietet noch weitere interessante Zahlen,  
535 sie zeigt aber ziemlich eindringlich: Die Demografie dominiert selbst bei unterstellter Erwerbszuwanderung noch ganz entscheidend die Entwicklung des Erwerbspersonenpotenzials. Wenn Deutschland diesem Rückgang entgegenwirken und das Erwerbspersonenpotenzial in etwa auf heutigem Niveau halten möchte, braucht es jährlich eine Nettozuwanderung von  
540 400.000 Personen (netto, also nach Ausgleich aller Abgänge vom Arbeitsmarkt). Eine Sozialdemokratie, die nicht aus populistischen Beweggründen den Konservativen hinterherläuft, muss diese Tatsache anerkennen und sich für eine umfassende Reform des aktuell geltenden Zuwanderungsrechtes von 2005 einsetzen. Das bestehende Recht setzt hohe Zugangshürden für  
545 den deutschen Arbeitsmarkt und führt in der Praxis dazu, dass nur etwa 9 % der knapp 400.000 Zuzüge aus Drittstaaten im Jahr 2013 eine Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis zu Erwerbszwecken erhielten. Denkbar wäre zum einen die Einführung eines Punktesystems, das sich allerdings nur auf wenige Kriterien, wie z.B. Hochschul- oder Berufsabschluss, Vorlage eines

550 Arbeitsvertrages und Sprachkenntnisse beschränkt. Zum anderen könnte  
das bestehende Recht weiterentwickelt werden. Hierbei ist es hauptsächlich  
erforderlich, die Voraussetzungen für den Arbeitsmarkt auf ein Minimum  
zu reduzieren. Ohne weitere Anforderungen soll zuwandern dürfen, wer  
einen Arbeitsvertrag mit tariflicher Entlohnung vorweisen kann. So könnten  
555 Menschen, die eigentlich in Deutschland einer Erwerbstätigkeit nachgehen  
wollen, regulär zuziehen und müssten nicht andere Kanäle wie das Asyl-  
recht oder den Familienzuzug zur Zuwanderung nutzen. Wachsende Kluft  
zwischen Arm und Reich korrigieren Deutschland gehört zu den reichsten  
Volkswirtschaften dieser Welt. Wir erwirtschaften mittlerweile jährlich ein  
560 Bruttoinlandsprodukt von rund drei Billionen Euro. Deutschland ist insbe-  
sondere beim Export Spitzenreiter. Diesen enormen Erfolg im Außenhandel  
haben wir uns in den letzten 20 Jahren allerdings teuer erkaufte: Durch die  
Zunahme von atypischer Beschäftigung wie Leiharbeit, Teilzeitarbeit, Mini-  
jobs und durch einen massiv gewachsenen Niedriglohnsektor. Mittlerweile  
565 arbeiten im Niedriglohnbereich – also für weniger als 11,05 € Stundenlohn  
– mehr als 8 Mio. Beschäftigte, das sind 21,1% aller Erwerbstätigen. Daran  
ändert auch der aktuelle Mindestlohn von 9,60€ nichts. Die 10,45€ zum  
01.07.2022 werden diese Situation auch nicht entschärfen. Bei aller Euphorie  
darüber, dass es ihn endlich gibt, bleibt festzuhalten: Auch der Mindestlohn  
570 ist momentan ein Niedriglohn. Er hilft allerdings dabei, die Lohnspreizung  
innerhalb des Niedriglohnsektors deutlich zu begrenzen. Vor seiner Einfüh-  
rung haben insgesamt 7 Mio. Menschen unter 8,50 € je Stunde verdient.  
Schaut man sich die konkreten Zahlen an, wird es ziemlich dramatisch: Von  
diesen 7 Mio. erhielten 4 Mio. Beschäftigte einen Stundenlohn von unter 7  
575 €, 2,5 Mio. Beschäftigte einen Stundenlohn von weniger als 6 € und immer  
noch 1,4 Mio. Menschen sogar weniger als 5 € je Arbeitsstunde. Wie soll  
man davon in Deutschland eine Existenzgrundlage schaffen? Davon kann  
niemand leben. Deswegen haben viele dieser Betroffenen längst einen  
Zweit- oder gar Drittjob oder benötigen eine Aufstockung durch die ARGE.  
580 Wie entwertet müssen sich Menschen fühlen, wenn man Vollzeit arbeitet  
und dann beim Amt um Geld betteln muss? Viele glauben, durch den  
Mindestlohn sei bei den Niedriglöhnen jetzt wieder alles in Ordnung. Na-  
türlich ist es eine immense, vor allem prozentuale Verbesserung gegenüber  
vor 2015, aber Reichtümer kann man damit auch keine erwerben: Bei 40  
585 Stunden Vollzeit ergeben sich 174 Monatsstunden und damit ein Bruttolohn  
von 1.670,40 €. In der Gesamtschau ist die Lohnquote, also der Anteil der  
Arbeitnehmer:innenentgelte am gesamten Volkseinkommen, von 72 % im  
Jahr 2000 bis auf 63,5 % im Jahr 2007 gesunken und stieg nach der Finanz-  
und Wirtschaftskrise allmählich wieder bis auf aktuell 73,3 %. Zählt man Jahr  
590 für Jahr diese fiktiven Verluste bei den Arbeitnehmer:innenentgelten (durch  
das Absinken der Lohnquote) zusammen, ergibt sich allein im Zeitraum von  
2003 bis 2012 auf der Arbeitnehmerseite ein Verteilungsverlust von einer

Billion Euro. Während die Wirtschaft ein ums andere Jahr erfolgreicher ist und das BIP wächst, kommt davon bei den Arbeitnehmer:innen kaum etwas  
595 an. Erst in den vergangenen sechs bis sieben Jahren gab es wieder spürbare Reallohnzuwächse. Das Bittere an dieser Tatsache ist: Eine schwache Einkommensposition im Erwerbsleben führt fast zwangsläufig zu Armut im Alter. Die sofortige Einführung des Mindestlohns von 12 € durch den zukünftigen Kanzler Olaf Scholz ist nicht nur dringend erforderlich, sondern  
600 auch Grundlage für weitere Verbesserungen. Nach der Definition der OECD gelten bereits heute 16 % der deutschen Gesamtbevölkerung als arm und das Armutsrisiko steigt weiter. Wir halten dies für einen unglaublichen Skandal. Das kann und darf uns Sozialdemokrat:innen nicht einfach kaltlassen. Die Einschätzung unseres ehemaligen Parteichefs Sigmar Gabriel, wonach Deutschland nicht mehr „das Land der sozialen Schieflage“ sei, zeigt sich hier erneut als nichtzutreffend. Dies wird auch deutlich durch das Buch „Kein Pausenbrot, keine Kindheit, keine Chance – Wie sich Armut in Deutschland anfühlt und was sich ändern muss“ von Jeremias Thiel. Eigentlich bedarf es keines weiteren Beweises mehr und doch gibt es die Zahlen  
610 „auf der anderen Seite“: Insgesamt halten die Deutschen rund 5 Billionen Euro an privatem Geldvermögen in ihren Händen – ein neuer Höchststand nach leichten Rückgängen während der Finanz- und Wirtschaftskrise. Dazu kommen noch einmal gut 5 Billionen Euro an Immobilienvermögen; macht zusammen: 10 Billionen Euro privates Gesamtvermögen. Wem gehört das alles? Wer hat so viel Geld? Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2021) und Untersuchungen des DIW aus 2014 und der WSI aus 2020 belegen: Die oberen 10 % der Gesellschaft (also eine Gruppe von rund 8 Mio. Menschen) hält über zwei Drittel dieses Gesamtvermögens in ihren Händen. Den nachfolgenden vier Zehnteln der Bevölkerung gehören  
620 noch weitere 30 %. Damit gehört fast das gesamte vorhandene Vermögen der einen Hälfte der Bevölkerung, für die andere Hälfte verbleiben noch 1,6 % an diesem Gesamtvermögen, also 160 Mrd. Euro für 40 Millionen Einwohner:innen. Der Gini-Koeffizient stieg auf 34,4 Punkte in 2020. Diese Zahlen sind schwer zu begreifen, sie sind bedrückend - mehr noch: Sie sind absurd. Wenn man nun forderte, die Politik müsse mit steuerpolitischen Maßnahmen für mehr sozialen Ausgleich sorgen, einen kleinen Teil der hohen Vermögen abschöpfen, hohe Einkommen stärker besteuern, um mit Sozialtransfers die Einkommens- und Vermögensposition der unteren Einkommenschichten zu verbessern: Ist das dann eine Neiddebatte? Ist  
630 das Enteignung? Ist das eine „Bestrafung“ der sog. „Leistungsträger“? Haben die „Eliten“ sich diesen Reichtum nicht erarbeitet und steht er ihnen deswegen nicht rechtmäßig zu? Nun, wer würde sich nicht auch gerne ein so großes Vermögen erarbeiten? Zur Realität gehört auch dazu: Millionen von Menschen werden aufgrund ihrer sozialen Stellung  
635 wohl nie die Möglichkeit haben, das zu tun. Es ist falsch, anzunehmen,

dass für jede:n die gleichen Chancen bestehen. Eine so extreme soziale Ungleichheit führt dazu, dass sowohl Reichtum als auch Armut sich in ihren jeweiligen sozialen Milieus reproduzieren. Wie kann unser Parteivorstand hier die Hände in den Schoß legen? Wie können Sozialdemokrat:innen, die die SPD stärker in der bürgerlichen Mitte verankern wollen, die Augen vor der Realität verschließen? Wenn die Sozialdemokratie den Anspruch aufgibt, diese Umverteilung von unten nach oben zu stoppen und nach Möglichkeit umzukehren, dann hat sie in der Tat ihre Existenzberechtigung verloren, dann wären Wahlprogramme mit sozialem Anstrich nichts weiter als schöne Schaufensterpolitik. Wir fordern ein, was nach dem Grundgesetz, das Deutschland als sozialen Bundesstaat definiert, legitim erscheint: die Wiedereinführung einer verfassungskonformen Vermögensbesteuerung, eine gerechte Besteuerung von Erbschaften (beides mit durchaus großzügigen Freibeträgen), die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, damit auch Umsätze an den Börsen – analog zur Mehrwertsteuer im Handel – besteuert werden, eine deutliche Anhebung des Spitzensteuersatzes, weil starke Schultern mehr Lasten tragen können. Wir fordern ebenso die Anhebung der Steuersätze für Unternehmens- und Gewinnsteuern. Alle Gewinnsteuern zusammen (z.B. die Gewerbesteuer, die Kapitalertrags- und Zinssteuer, die Körperschaftssteuer und die veranlagte Einkommensteuer der Selbständigen) machen insgesamt nur noch 23 % des Gesamtsteueraufkommens des Bundes und der Länder aus. Im Vergleich dazu liegt der Anteil der Lohnsteuer bei 25 % und der Anteil der Mehrwertsteuer bei 32 %. Diese Verteilung zu verändern, bedeutet nicht das Ende des Kapitalismus, aber es bedeutet ein großes Stück mehr Steuergerechtigkeit. Hier gilt es, mit der FDP hart zu verhandeln und eigene Überzeugungen, insbesondere nicht für zugestandene Posten und aufgebaute Drohkulissen der liberalen Kräfte über Bord zu werfen. Den Sozialstaat stärken Die sozialstaatlichen Sicherungssysteme in Deutschland sind eine Errungenschaft, um die uns viele in der Welt beneiden. Beitragsfinanzierte Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung sichern individuelle Lebensrisiken ab und verteilen Lasten solidarisch auf die Gemeinschaft. Die neoliberale Politik der „Lohnnebenkostensenkung“ und die demografische Entwicklung hatten jedoch in der Vergangenheit zur Folge, dass Leistungen teilweise stark eingeschränkt wurden. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Sozialdemokrat:innen müssen sich dafür einsetzen, das Leistungsspektrum nicht weiter einzuzugrenzen, sondern die Einnahmehasis unserer Versicherungssysteme zu stärken. Die SPD muss den Gesundheitsfonds endlich zu einer solidarischen Bürger:innenversicherung umbauen, in die alle Beschäftigten einzahlen. In der Konsequenz heißt das, die Zwei-Klassen-Medizin zu beenden und die private Krankenversicherung abzuschaffen. Der Fonds ist ungerecht, er deckelt die Beiträge der Arbeitgeber:innen und bürdet Kostensteigerungen im Gesundheitswesen einseitig den Versicherten auf. Die Auswirkungen

zeigen sich jetzt sehr deutlich: immer mehr Krankenkassen verlangen von  
680 ihren Versicherten nun Zusatzbeiträge. In der Rentenversicherung wird die  
weitere Absenkung des Rentenniveaus von derzeit 48% auf die geplanten  
43% im Jahr 2030 dazu führen, dass selbst Durchschnittsverdiener:innen  
(rd. 2.900€ Monatsbrutto) künftig nach 35 Jahren Arbeit nur noch eine  
Nettorente von rund 800€ monatlich erhalten. Die Einführung der Grund-  
685 rente hat diese eklatante Schieflage glücklicherweise abgemildert. Das  
ist für uns Sozialdemokrat:innen eine völlig untragbare Entwicklung. Die  
öffentliche Debatte suggeriert, dies sei aufgrund der Demografie nicht zu  
verhindern. Die Wahrheit ist: die Absenkung des Rentenniveaus wurde  
von Rot-Grün politisch beschlossen, um auch hier den Arbeitgeber:innen  
690 Lohnnebenkosten einzusparen. Der Verteilungskampf tobt längst auch in-  
nerhalb der Sozialversicherungen und die SPD-Regierung hat diesen Kampf  
leider noch befeuert. Mit Armutsrenten dürfen wir uns nicht abfinden.  
Renten sind auch keine Almosen für das Alter, sie sind ein Äquivalent für  
die Lebens- und Arbeitsleistung während des Erwerbslebens. Wir müssen  
695 innerhalb der SPD mit aller Entschlossenheit dafür streiten, dass wieder  
Lebensstandard sichernde Renten gezahlt werden. Das setzt zwingend  
voraus, dass das Rentenniveau nicht weiter abgesenkt, sondern wieder  
angehoben und in einem Bereich zwischen 51 und 55 % stabilisiert wird. Das  
Versprechen Olaf Scholz', den Status Quo zu halten, ist einerseits dringend  
700 erforderlich, andererseits eben nicht ausreichend. Neben einer starken  
Erwerbszuwanderung, die auch aus anderen Gründen erforderlich ist, wird  
dieses Ziel nur durch steigende Beitragssätze erreicht werden können. Der  
DGB schlägt steigende Beitragssätze bis zu 23 % vor, eine Größenordnung,  
die wir für nachvollziehbar und gut begründet halten. Wir fordern zudem  
705 eine Rentenberechnung nach Mindestentgeltpunkten. Dabei werden Zeiten  
von Arbeitslosigkeit und prekärer Beschäftigung (Niedriglohnphasen oder  
Minijobs) – für die naturgemäß nur geringe Rentenbeiträge entrichtet wer-  
den – über Zuschüsse aus dem Steuertopf so aufgestockt, dass festgelegte  
Mindestentgeltpunkte für ein Jahr Beitragszahlung erreicht werden. Wir  
710 wollen damit den Automatismus durchbrechen, dass sich eine zeitweilig  
schwache Einkommensposition im Erwerbsleben extrem nachteilig bei der  
späteren Rentenhöhe auswirkt. Wir wissen: Die vorgeschlagenen Maßnah-  
men sind längst nicht der Weisheit letzter Schluss. Aber sie sind Vorschläge,  
die wir innerhalb der SPD wieder mehrheitsfähig machen müssen, wenn wir  
715 mehr soziale Gerechtigkeit schaffen wollen. Soziale Gerechtigkeit bedeutet  
auch Sicherheit – die Sicherheit, ein freies und selbstbestimmtes Leben zu  
führen; die Sicherheit, im Falle der Bedürftigkeit nie ins Bodenlose zu fallen,  
sondern auf die starke Hilfe der Solidargemeinschaft vertrauen zu können.

720 **Solidarität**

Die Zukunft der Energie Damit sich ein solidarisches Gesellschaftsmodell in der Praxis bewährt, muss auch die Energiepolitik im Geiste der Solidarität, der Nachhaltigkeit und des Fortschritts vollzogen werden. Doch die

725 Debatte um eine nachhaltige Energieerzeugung ist nach wie vor gefangen im Weltbild einer Energieversorgung, die von fossilen Energiequellen und der gefährlichen Atomenergie geprägt ist. Noch im späten 20. Jahrhundert stießen die Befürworter:innen einer Energiewende oder gar die wenigen Wegbereiter:innen eines Solarzeitalters, in dem weder Atomenergie noch

730 fossile Energien gebraucht werden, auf tiefsitzende Barrieren. Vieles davon scheint gerade heute aufgrund des klaren Kampfes für eine solidarische Umweltpolitik auf der Straße und den aktuellen Koalitionsverhandler:innen von SPD, FDP und Grüne schrittweise überwunden, jedoch aktuell noch mehr in Worten als in Taten. Zwar investieren Energiekonzerne inzwischen

735 zunehmend in erneuerbare Energien, jedoch setzen die Monopolisten in erster Linie immer noch auf konventionelle Energien, möglichst bis der letzte Tropfen Öl, die letzte Tonne Uran oder die letzte Tonne Kohle verbraucht ist, weil sich Wind und Sonnenwärme naturgemäß nicht als Ressourcen verkaufen lassen können. Die ultimative Herausforderung

740 Tatsächlich hängt der Planet Erde heute völlig von fossilen Brennstoffen ab: Ein Drittel der weltweiten Leistung stammt aus Öl, ein Viertel aus Kohle, ein Fünftel aus Gas. Nur etwa ein armseliges Prozent aus solarer Energie und anderen erneuerbaren Energien. Ohne fossile Energiequellen würde die Weltwirtschaft knirschend zum Stillstand kommen. Hier offenbart

745 sich das eigentliche Dilemma: Zum einen hat die Ingenieurwissenschaft bereits Mitte des Jahrhunderts klar vorhergesehen, dass die Ölreserven irgendwann zur Neige gehen, zum anderen schwimmen viele Golfstaaten noch heute auf nachgewiesenen Ölreserven, praktisch auf einem riesigen unterirdischen See aus Rohöl. Doch hinter der Beruhigungsrhetorik über

750 weltweit nachgewiesene Reserven, die uns definitiv und überzeugend versichern sollen, dass Ölreserven noch viele Jahrzehnte reichen, schimmert die Erkenntnis durch, dass so manche Reserven oft einem wirtschaftspolitischen Druck entspringen. So verfügt beispielsweise Kanada über riesige Teersandvorkommen, die genug Öl enthalten, um die Erde für Jahrzehnte

755 mit Öl zu versorgen, doch lässt sich dieses nicht kostengünstig extrahieren und raffinieren. Die Periode des unumkehrbaren Niedergangs eröffneten die Vereinigten Staaten. Um 1970 erreichte die amerikanische Ölproduktion einen Spitzenwert und sank dann ab, um sich nie wieder zu erholen. Heute importieren die Vereinigten Staaten mehr als die Hälfte ihres Ölbedarfs.

760 Auch über die Bundesrepublik brach die Krise herein. Der Ursprung des dortigen Schocks lag in der Erhöhung des Ölpreises. Zum Symbol dieser neuen Schockerfahrungen wurden schließlich autofreie Sonntage, sogar Fußballspiele unter Flutlicht waren untersagt worden. Die vor allem sozialdemokratisch genährte Erwartung von Wohlstand und Sicherheit wirkte

765 auf einmal fragil. Immerhin: Inzwischen wird von vielen Seiten anerkannt,  
dass die Zukunft in einer erneuerbaren Energieversorgung liegen muss. Die  
Diskussion rankt sich bis weit in die Sozialdemokratie hinein um die Frage,  
wie groß der Zeitbedarf für einen vollständigen Wechsel zu erneuerbaren  
770 Energien ist. Nach unserer Überzeugung kann dieser Wechsel deutlich  
schneller als bis beispielsweise 2038 realisiert werden, wenn wir alle dafür  
notwendigen Kräfte mobilisieren. Natürlich werden Rohstoffe vorerst nicht  
ausgehen, da ständig neue Vorkommen entdeckt werden, doch die Kosten  
für die Gewinnung werden nicht mehr leicht zu schultern sein. Auf lange  
775 Sicht wird der Durchschnittspreis des Öls weiterhin steigen. Das hat pro-  
funde Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, weil der rasche Aufstieg der  
modernen Zivilisationen vor allem von billigem Öl gespeist wurde. Der Ener-  
giemix Die Nachfolgebranchen, die den größten Erfolg versprechen, sind die  
Solarenergie und alle Formen der Energieerzeugung, die auf erneuerbaren  
780 Technologien wie Solarenergie, Windkraft, Wasserkraft oder Wasserstoff  
basieren. Noch betragen die Kosten von Solarstrom ein Vielfaches der aus  
Kohle produzierten Elektrizität. Doch die Kosten der Solarenergie sinken  
aufgrund technischer Fortschritte ständig weiter, während die Kosten für  
fossile Brennstoffe kontinuierlich ansteigen. Die beiden Kurven können sich  
785 bereits in zehn Jahren schneiden. Für den Rest werden die noch geltenden  
Marktmechanismen sorgen. Die erneuerbare Windenergie ist kurzfristig ein  
großer Gewinner. Sie gehört zu den am schnellsten wachsenden Sektoren  
auf dem Energiemarkt. Der langjährige Vorreiter Europa ist auf diesem  
Gebiet jedoch inzwischen von den Vereinigten Staaten überholt worden,  
weil der Bundesstaat Texas in naher Zukunft mehr als genug elektrische  
790 Leistung aus Windkraft gewinnt, um seine 24 Millionen Menschen zu  
versorgen. In absehbarer Zukunft wird schließlich die Volksrepublik China  
die Vereinigten Staaten bei der Windkraft überholen. Damit wird die Wind-  
kraft ein integraler Teil eine größeren Energiemixes sein. Auch die auf das  
Sonnenlicht bezogene Energiegewinnung wird schon seit langem erforscht,  
795 denn letztendlich stammt jede Energie von der Sonne. Ein in dieser Hinsicht  
nützlicher Prozess wurde bereits 1905 von Albert Einstein erklärt. Solar-  
zellen funktionieren, indem sie Sonnenlicht direkt in elektrische Energie  
umwandeln. Da anfängliche Solarzellen nicht sehr effizient waren, muss die  
Forschung in zwei Richtungen schlagen: Einerseits den Wirkungsgrad von  
800 Solarzellen erhöhen, andererseits die Kosten für die Herstellung, Installation  
und Konstruktion von Solaranlagen verringern. Insbesondere in den Städten  
haben wir die einzigartige Chance, die Kosten der Solarenergie zu senken,  
indem man Gebäude mit Solarzellen deckt. Der unschlagbare Vorteil liegt  
darin, dass die Transportverluste von einer zentralen Energiestation zu den  
805 Verbraucher:innen entfallen. Gerade aufgrund immer wiederkehrender  
Ölpreisschwankungen müssen wir den Bemühungen Nachdruck verleihen,  
diese Technologie zu forcieren. Die weltweite Photovoltaikproduktion

verdoppelt sich alle zwei Jahre. Hier müssen wir weitere Rekorde brechen, damit die Solarenergie dauerhaft eine ernsthafte Konkurrentin zu Kraft-  
810 werken bleibt, die auf fossilen Brennstoffen beruhen. Der beunruhigende Zustand Die letzte Antwort der Umwelt an eine auf fossilen Brennstoffen basierenden Weltwirtschaft ist schließlich für alle deutlich geworden: Die Klimaerwärmung. Es ist inzwischen unbestreitbar, dass sich die Welt aufheizt. Die Zeichen sind unmissverständlich, weil die Dicke des arktischen  
815 Eises binnen eines halben Jahrhunderts um die Hälfte zurückgegangen ist und das grönländische Eisschild ebenfalls schrumpft. Unter den veränderten Meeres- und Windströmungen im globalen Maßstab leiden ausgerechnet die ärmsten Zivilisationen der Erde. Allen voran Bangladesch, ein Land, das gleichzeitig eine der höchsten Bevölkerungsdichten aufweist und sich  
820 heute noch auf Meeresspiegelniveau befindet. Fast jedes Jahr kommt es dort zu Naturkatastrophen und wenn der Meeresspiegel nur um knapp einen Meter steigt, wird die Hälfte des Landes dauerhaft überflutet sein. Ein anderes Land, das ebenso verwüstet werden könnte, ist Vietnam, wo das Mekong-Delta besonders verwundbar ist. Eine Region, in der die Hälfte  
825 der Reisernte des Landes produziert wird. Sogar der Weltbank zufolge würden dadurch über elf Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben und zur Flucht gezwungen. Die Zukunft der Mobilität Menschen haben ein Recht auf Mobilität. Da die Hälfte des weltweit geförderten Öls von Autos, Lastwägen, Flugzeugen und Zügen verbraucht wird, müssen wir auch  
830 diesen ökonomischen Sektor reformieren. Es beginnt ein Wettlauf, welche Volkswirtschaft den Automobilmarkt nach dem historischen Übergang von fossilen Brennstoffen zu Elektrizität beherrschen wird. Das erste Stadium stellt das Hybridauto dar, welches mit einer Kombination aus Elektrizität und Benzin betrieben wird. Dies kann jedoch nur der erste Schritt sein. Als  
835 nächster wichtiger Schritt müssen wir ein Plug-in-Hybridauto produzieren, noch werden sie auf den ersten achtzig Kilometern elektrisch betrieben, bevor dann aber auf einen Benzinmotor umgestellt wird. Das Ziel unseres technischen Fortschritts ist schließlich ein Fahrzeug, das gar keinen Benzinmotor hat. Hierfür sind Investitionen in Forschung und Produktionsstätten  
840 zu tätigen, die ausschließlich mit nicht-fossilen Antriebstechnologien Fahrzeuge in Serie herstellen und auf lange Sicht die Vorstellung widerlegen, dass andere Antriebstechniken gegenüber Benzin- und Dieselmotoren keine Chance haben. Die Revolution Ein höherer Anteil an Investitionen in Bildung und Forschung ist nicht zuletzt unerlässlich, um aus dem Elektrozeitalter  
845 hinweg die Tür zum Zeitalter des Magnetismus zu öffnen und zuverlässige, sichere Umsetzungsmöglichkeiten im Verkehr entwickeln zu können. Auch in der Energieerzeugung eröffnen sich durch den technologischen Fortschritt neue Türen: So könnte beispielsweise eine Vielzahl von Satelliten im Weltraum die Sonnenstrahlung auffangen und diese Energie in Form  
850 von Mikrowellenstrahlung zur Erde transportieren. Die Situation ist ernst,

der drohende Kollaps ist offensichtlich, doch wir haben den Punkt, an dem keine Umkehr mehr möglich ist, noch nicht erreicht. Damit ist die Energiewende keine untragbare Belastung, sondern eine umfassende neue wirtschaftliche Chance für die Industrieländer und die große Chance für die  
855 Entwicklungsländer.

### **Entwicklungspolitik**

Fairer Handel intraindustrieller vs. interindustrieller Handel Mit fairem  
860 Handel verbindet eine Vielzahl an Menschen überwiegend den Export von Fair-Trade-Erzeugnissen wie Kaffee, Kakao, Baumwolle und Reis aus afrikanischen, asiatischen oder lateinamerikanischen Ländern nach Europa. Es ist den Menschen ein Anliegen, dass die „kleinen“ Landwirt:innen und Plantagenarbeiter:innen eine gerechte Entlohnung erhalten, nicht von  
865 Eigentümer:innen ausgebeutet werden, dass auf Kinderarbeit und den Einsatz von schädlichen Chemikalien verzichtet wird. Allerdings stellt es leider in unserer Gesellschaft keinen Widerspruch dar, in Klamotten, die unter widrigen Bedingungen in Bangladesch produziert wurden, einen Fair-Trade-Kaffee zu genießen und sich daran zu erfreuen, „etwas Gutes  
870 getan zu haben“. Besonders die reichen Länder innerhalb der Europäischen Union können den unersättlichen Bedarf an Gütern aus Asien, Afrika und Lateinamerika nicht einbremsen. Aus diesem Grund wurden zahlreiche Handelsabkommen unterzeichnet. Das Freihandelsabkommen EPA zwischen der EU und den Ländern der Ostafrikanischen Gemeinschaft hat dafür  
875 gesorgt, dass es in den afrikanischen Ländern einem deutlichen Rückgang des Binnenangebots gekommen ist. Die Abhängigkeit zu den europäischen Ländern nimmt zu und die Versorgung innerhalb des eigenen Landes mit inländischen Erzeugnissen gerät in eine gefährliche Schieflage. Während dieser Missstand auf dem afrikanischen Kontinent von den europäischen  
880 Verbraucher:innen widerstandslos hingenommen wird, lässt sich erkennen, dass innerhalb Europas unter den Menschen ein breiter Widerspruch zu den Freihandelsabkommen TTIP (zwischen EU und USA) und CETA (zwischen EU und Kanada) aufgebaut wurde. Bei diesen explizit intraindustriellen Handelsabkommen sollte es vor ein paar Jahren zwei Handelspartnern auf  
885 Augenhöhe ermöglicht werden, in Zukunft einen noch freieren Handel zu erlangen und somit nachhaltig die Produktivität beider Vertragspartner nachhaltig zu steigern. Richtigerweise erkannten die TTIP- und CETA-Kritiker:innen, dass seitens der Länder der Europäischen Union einige gravierende Nachteile eintreten würden. Die europäische und besonders die  
890 deutsche Sozialdemokratie nahmen und nehmen bis heute die Bedenken der Menschen nicht ernst und fahren einen eindeutigen „ja, aber-Kurs“ in der Freihandelspolitik, der die Sozialdemokratie unglaubwürdig erscheinen lässt. Die europäische Sozialdemokratie ist hier immer noch in den Zwängen

des Neoliberalismus, den Tony Blair und Gerhard Schröder mit dem „dritten  
895 Weg“ eingeschlagen haben, gefangen. Klare Haltung einer Sozialdemokratie  
müsste hier eigentlich sein, dass sie ein Wirtschaftswachstum um jeden  
Preis kategorisch ablehnt und somit Freihandelsabkommen beendet. Eine  
glaubhafte Handelspolitik betreibt die Sozialdemokratie erst dann, wenn  
nicht um jeden Preis Abkommen unterzeichnet werden, die eindeutig zum  
900 Wirtschaftswachstum beitragen sollen, welche auf dem Rücken anderer  
ausgetragen wird. Solange auch die Sozialdemokratie nicht klar die Position  
vertritt, dass die Wirtschaft für den Menschen dienlich sein soll und nicht  
der Mensch für die Wirtschaft, wird es sehr schwierig werden, zukünftig  
einen globalen fairen Handel betreiben zu können.

905

### **Entwicklungshilfepolitik**

Unter den konservativen und liberalen Entwicklungshilfeminister:innen ist  
die deutsche Entwicklungspolitik zu einem jämmerlichen und gemessen  
910 an der Wirtschaftskraft des Landes ohnmächtigen Ressort verkommen. Die  
größten Feind:innen der Entwicklungshilfe sind neben Naturkatastrophen  
die Vielzahl an Kriegen, Bürger:innenkriegen und Unruhen, die instabilen  
Regierungssysteme, sowie der nicht mehr einzudämmende Kapitalismus.  
Die Sozialdemokratie muss folgende Grundsteine für eine gelingende  
915 Entwicklungspolitik legen: Eine noch wirkungsvollere Unterstützung bei  
humanitären Katastrophen und das Eindämmen des Kapitalismus. Denn  
nur so kann eine konsequente Friedenspolitik verfolgt und der Abbau  
von Ungleichheiten weltweit in Angriff genommen werden. Im Jahr 2015  
wurden die globalen Ziele des UN-Millennium-Gipfels entsprechend ihrer  
920 Zielvorgabe gemessen. Hauptziel bei den Vertragsunterzeichnungen war es,  
dass die weltweite extreme Armut halbiert werden sollte. Ein Ziel, das leider  
krachend verfehlt wurde. Zwar haben sich besonders die lateinamerikani-  
schen Länder in den vergangenen 30 Jahren überwiegend positiv entwickelt,  
in einigen afrikanischen Ländern hat die geleistete Entwicklungshilfe aller-  
925 dings kaum Früchte getragen. Nun hat man diese Millenniumsziele einfach  
auf das Jahr 2030 verschoben. Hier muss sich die europäische und besonders  
die deutsche Sozialdemokratie fragen, weshalb Entwicklungspolitik und  
Entwicklungshilfe nur ein Nebenschauplatz ihrer aktuellen politischen Aus-  
richtung darstellt. Bei der Beseitigung der extremen Armut und des Hungers  
930 konnten die Ziele nicht annähernd erreicht werden. Bei der Verwirklichung  
der allgemeinen Schulbildung ist weiterhin noch sehr viel Aufbauarbeit  
zu leisten und bei der Kindersterblichkeit sind die entwicklungspoliti-  
schen Ziele noch bei weitem nicht erreicht worden. Die medizinische und  
pharmazeutische Versorgung ist wegen der zunehmenden Kapitalisierung  
935 des Gesundheitswesens zu einer beinahe nicht bezwingbaren Aufgabe  
geworden. Die Sozialdemokratie darf nicht weiterzusehen, sondern muss

940

945

950

955

960

965

970

975

980

985

990

995

1000

1005

1010

1015

1020

1025

1030

1035

1040

1045

1050

1055

1060

1065

1070

1075

1080

1085

1090

1095

1100

1105

1110

1115

1120

1125

1130

1135

1140

1145

1150

1155